MÜTTER

Eine Frau mit Mut

In einer bayerischen Klinik können Schwangere in Not anonym ihre Kinder zur Welt bringen. Das bundesweit einmalige Projekt katholischer Helferinnen ist noch illegal. Ausgerechnet die konservative CSU will das jetzt ändern.

Das Kind sollte leben. Als sich die junge Mutter verzweifelt beim Frauennotruf im bayerischen Amberg meldete, war sie auf der Suche nach einer Bleibe für ihr ungewolltes Baby, das sie in wenigen Stunden zur Welt bringen würde. Niemand durfte es wissen, niemand ihren Namen kennen, aber das Kind sollte es gut haben. „Wir treffen uns“, sagte die Beraterin am Notruftelefon rasch, „Sie können uns ihr Baby übergeben, der Name spielt keine Rolle, es wird gut versorgt.“

Doch damit war der Anruferin noch nicht geholfen. Sie hatte keinen Ort, an den sie gehen konnte, wenn die Wehen einsetzten. Zu Hause würde die Geburt bemerkt, im Krankenhaus registriert. „Wo soll ich denn hin?“, fragte sie weinend. Die Sozialarbeiterin schwieg lange. „Ich kann Ihnen nicht helfen“, sagte sie. „Gehen Sie irgendwohin, wo Sie Wasser haben, am besten zum Klo.“

Irgendwann hat Maria Geiss-Wittmann, 66, das alles nicht mehr ertragen. Die Vorsitzende des Sozialdienstes katholischer Frauen im oberpfälzischen Amberg war nach einem solchen Gespräch „in unbeschreiblicher Bedrängnis“. Diese geheimen Geburten in öffentlichen Toiletten, Hinterzimmern und Kellerverschlägen machten ihr Angst – vor allem das Wissen darum, was Mutter und Kind dabei passieren kann: dass etwa manchem Neugeborenen, wenn es plötzlich schreit, in Panik doch noch ein Kissen aufs Gesicht gedrückt wird.

W. M. WEBER

„Moses“-Gründerin Geiss-Wittmann
„Unbeschreibliche Bedrängnis“

In Deutschland eröffnen zwar immer mehr so genannte Babyklappen, in denen Neugeborene anonym deponiert werden können. Was jedoch in den Stunden vor dem Ablegen des Säuglings in der „Klappe“ geschieht, kümmert offenbar niemanden. „Wir brauchen in unserem Land eine sozialpolitische Innovation für die Frauen“, sagt Maria Geiss-Wittmann.

Deshalb verwirklichte sie jetzt ein Projekt, von dem sie seit Jahren träumt: Es gibt Schwangeren die bundesweit einzige

W. M. WEBER

Kreisklinik in Sulzbach-Rosenberg
Niemand stellt Fragen

Geburtsstation im St.-Anna-Krankenhaus
Acht Wochen Bedenkzeit für die Mutter

V. SCHIMKUS / HAMBURGER MORGENPOST

Babyklappe (in Hamburg): *Kampagne für ein neues Gesetz*

Möglichkeit, ihr Kind anonym in einer Klinik mit Hilfe von Ärzten und Hebammen zu gebären. Der Haken: Das Unternehmen ist illegal. Nach geltendem Recht muss jeder, der Zeuge einer Geburt wird, diese innerhalb von sieben Tagen anzeigen. So steht es im Personenstandsgesetz. Wer gegen das Gesetz verstößt, dem droht ein empfindliches Bußgeld. In einer Klinik kann der Chef des Krankenhauses belangt werden.

Ausgerechnet die in Sexualfragen so konservative CSU will das nun ändern. In den nächsten Wochen soll der CSU-Landesgruppenchef Michael Glos auf Bitten aus dem Münchner Landtag im Bundestag einen Gesetzesvorschlag einbringen, der die Frist für die Anzeigepflicht verlängert. Zehn Wochen wollen die CSU-Frauen um die bayerische Sozialministerin Barbara Stamm den Sozialdiensten für die Anmeldung des anonymen Babys Zeit geben, vorausgesetzt, die Mutter befindet sich in Betreuung einer staatlich anerkannten Schwangerenberatungsstelle. Inzwischen können Adoptiveltern für das Kind gefunden und der Säugling gleich auf den Namen der künftigen Familie eingetragen werden.

Ob auch die SPD diesem Gesetzesvorschlag zustimmt, ist fraglich. „Alles, was Kindern dient, machen wir mit“, erklärte die SPD-Familienpolitikerin Margot von Renesse. Die geltende Meldefrist schütze jedoch die Neugeborenen vor Babyhändlern. Renesse: „Das Kind verschwindet leichter von der Bildfläche, wenn Vater Staat von der Geburt nichts weiß.“

W. M. WEBER

Dabei sind sich Sozialwissenschaftler und Gynäkologen einig, dass viele ungewollte Kinder überleben könnten, würde die Gebärende medizinisch betreut. Der Sexualmediziner Matthias Bauermeister von der Universität Kiel machte sich 1994 auf die Spur von Säuglingen, die in Deutschland wenige Stunden nach der Entbindung getötet worden waren, und fand heraus: Keines der Babys war in einem Krankenhaus zur Welt gekommen.

Allein gelassen, verlieren Mütter, die nach einer geheim gehaltenen oder verdrängten Schwangerschaft von der Geburt meist überrascht werden, häufig die Nerven. Rund 40 Kinder werden pro Jahr nach der Geburt ausgesetzt, in der Hoffnung, irgendjemand fände sie rechtzeitig. Doch nur die Hälfte von ihnen überlebt.

Etwa zwei Dutzend getöteter Neugeborener findet man jährlich in Deutschland: Kinder, die in Goldfischbecken schwammen, in Kühltruhen lagen, in Wäschekörben verwesten oder wie in Nürnberg und Hamburg auf dem Sortierband der Müllverwertung landeten. Nach der Entbindung erwürgt, erstickt, erschlagen oder ertränkt. Dass diese Leichen entdeckt werden, ist in der Regel Zufall. Deshalb schätzen Ermittler die Dunkelziffer der getöteten Säuglinge mindestens 40-mal höher ein.

In den deutschen Nachbarstaaten wird die Legalisierung einer anonymen Entbindung derzeit ebenfalls heftig diskutiert. In Österreich hat eine Enquetekommission erst vor wenigen Wochen eine Gesetzesänderung befürwortet. Dort fand man im vergangenen Sommer innerhalb kurzer Zeit ungewöhnlich viele ausgesetzte Babys.

In Tschechien dagegen können Mütter seit 1997 anonym in Kliniken entbinden. Sie müssen zwar ihren Ausweis vorzeigen, die Daten dürfen vom Arzt jedoch nicht an die Polizei weitergegeben werden. Dort steigt die Zahl ungewollter Kinder auf Grund des Sextourismus vor allem im Grenzgebiet drastisch an.

Schwerer haben es dagegen verzweifelte Schwangere in Belgien, wo nicht angezeigte Geburten verfolgt und bestraft werden. Die Frauen weichen häufig ins französische Lille oder nach Luxemburg aus, denn dort können sie sich legal einer Klinik anvertrauen.

Im bayerischen Amberg will Maria Geiss-Wittmann im Wissen „um die unermessliche Not der Frauen“ das geltende deutsche Recht herausfordern. Seit September können Frauen, die ihre Schwangerschaft etwa vor prügelnden Vätern oder Ehemännern verbergen müssen, in die Gynäkologie des St.-Anna-Krankenhauses in Sulzbach-Rosenberg kommen – mit einem schlichten Zettel vom Sozialdienst ausgestattet, auf dem steht, dass sie eine anonyme Geburt wünschen. Niemand stellt dort Fragen.

Nach der Geburt kann die Mutter, wenn es ihr gut geht, nach Hause. Das Kind bleibt zunächst in medizinischer Obhut und wird dann in die Bereitschaftspflege zu einer Familie gegeben. Acht Wochen hat die Mutter Zeit, sich beim Notruf in Amberg zu melden und ihr Baby wieder zu sich zu nehmen. Nach Ablauf dieser Frist vermittelt der Sozialdienst eine Adoption. Und erst dabei wird das Kind standesamtlich angemeldet – auf den Namen seiner neuen Familie. „Damit“, sagt Geiss-Wittmann, „war das Kleine nie ein Findelkind. Das muss man einem jungen Menschen doch ersparen, dass er später mal als Findelkind im Stammbuch steht.“

Die Frau hat Mut. Denn noch ist in Deutschland das Gesetz nicht geändert, und immer noch kann nicht nur Geiss-Wittmann, sondern auch die Klinik wegen der anonymen Niederkunft belangt wer-

den. Weshalb auch alle sich darüber ausschweigen, wie viele Geburten sie schon betreut haben.

Maria Geiss-Wittmann hat selbst die gesamte Verantwortung für das Projekt übernommen und will ein Bußgeld riskieren: „Ich treibe doch meine Mitarbeiterinnen nicht in die Illegalität, und wenn's sein muss, stelle ich mich auch schützend vor die Klinik." Der Lebensschutz müsse an erster Stelle stehen, das wollten auch die Karlsruher Verfassungsrichter 1993 in ihrem Urteil zur Schwangerenkonfliktberatung erreichen. „Darin steht, der Konflikt muss gelöst werden. Und zum Konflikt gehört eben auch die Geburt", sagt Geiss-Wittmann.

Die Frauen vom Amberger Sozialdienst haben inzwischen das heftig umstrittene Schwangerenberatungsgesetz schätzen gelernt: Es gebe der Frau ein sehr starkes Recht, denn die Schwangere darf danach während der Beratung anonym bleiben. Geiss-Wittmann: „Das müssen wir ausnützen für die Geburt", schließlich ende die Beratung erst, wenn das Kind da sei.

Außerdem weiß sich Geiss-Wittman mit vielen Christen einig: „Wenn eine Frau in Not sich trotzdem entschließt, ihr Kind zur Welt zu bringen, dann muss das nicht geächtet, sondern geachtet werden. Die leistet Ungeheures, da zieh ich doch den Hut."

Respekt bringt auch der Landrat des Kreises Amberg-Sulzbach diesen Müttern entgegen. Hans Wagner (CSU) übertrug dem Sozialdienst katholischer Frauen das Recht zur Anmeldung so genannter Findelkinder. Dieses Recht haben nach dem Personenstandsgesetz sonst die Verwaltungsbehörden. Gleichzeitig stellte Wagner seine Kreisklinik St. Anna für die anonyme Geburt zur Verfügung und erteilte dem Sulzbacher Chef-Gynäkologen Jörg-Dietrich Dodenhöft die Erlaubnis zur Aufnahme nicht registrierter Patientinnen.

Dodenhöft, der besorgt die Statistik über Kindestötungen verfolgt, zögerte nicht: „Das ging im Kopf sehr schnell, wir hatten uns das schon lange gewünscht. Wir wollen der Frau helfen und Leben schützen, dabei interessiert uns die medizinische Seite, nicht der Name der Mutter. Im Übrigen stützen wir uns auf die ärztliche Schweigepflicht."

Gynäkologe Dodenhöft erwartet, dass viele anonyme Mütter nach einer gut betreuten Entbindung ihr Baby dann doch behalten. „Die Schwangerschaft, die Geburt, das Wochenbett, das sind Ausnahmesituationen im Leben der Frau. Da trifft sie unter Druck irrationale Entscheidungen. Später denkt sie darüber nach und kann das gar nicht mehr verstehen."

Geiss-Wittmann hat als Vorkämpferin im Bereich Lebensschutz Erfahrung. Mit dem „Projekt Moses" schuf sie im August 1999 die bundesweit erste Möglichkeit, Neugeborene anonym abzugeben. Mehrere Babyklappen folgten dem anfangs umstrittenen Modell.

W. M. WEBER

Gynäkologe Dodenhöft
„Wir wollen Leben schützen"

Im brandenburgischen Schönow bei Berlin etwa öffnete die Franziskanerschwester Monika ihr Kinderhaus „Sonnenblume" verzweifelten Müttern. Dort können sie ihre ungewollten Babys nicht nur abgeben, sondern auch gebären – allerdings nicht anonym.

Inzwischen gibt es die „Klappe" viermal in Deutschland, weitere sind von Elterninitiativen oder sozialen Verbänden geplant. Mit Hilfe von prominenten Frauen startete der Hamburger Jugendhilfeverein „SterniPark" eine Kampagne für eine Gesetzesänderung in Deutschland. In einem Brief an Justizministerin Herta Däubler-Gmelin fordern mehr als 50 Unterzeichnerinnen – darunter die Schauspielerinnen Heidi Kabel, Uschi Glas, Jenny Elvers, Anke Engelke und Meret Becker – die Möglichkeit anonymer Geburten in Krankenhäusern.

In den USA bemüht sich Debi Faris um mehr Toleranz gegenüber ungewollt schwangeren Frauen. Die Gründerin des „Garden of Angels", eines Friedhofs für tot aufgefundene Säuglinge, hat Erfolg: In Kalifornien soll zum 1. Januar 2001 das „Save a Baby"-Gesetz in Kraft treten. Dann können Kinder binnen 72 Stunden nach der Geburt anonym in einem Krankenhaus abgegeben werden.

Die Beraterinnen von „Moses" haben bloße Babyklappen stets abgelehnt. Sie vereinbaren mit der Mutter ein Treffen und nehmen das Neugeborene in den Arm. Geiss-Wittmann: „Die Frau soll wissen, dass das Kind gut angekommen ist. Das ist schon ein Teil ihrer Therapie." Über „Moses" können die Mütter der aufgenommenen Säuglinge später erfahren, bei welcher Familie ihr Kind lebt, und es dort besuchen. Denn der Sozialdienst vermittelt nur an Eltern, die der so genannten offenen Adoption zustimmen. „Wir suchen nicht ein Kind für Eltern, sondern Eltern für ein Kind. Hier hat die Lüge keinen Platz."

CONNY NEUMANN